

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

8. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 19. bis 20. Februar 2009 in Wien, Österreich

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I Einleitung	1	Abgeordneter Gert Weisskirchen (SPD)
II Sitzung des Ständigen Ausschusses	1	Abgeordnete Uta Zapf (SPD, Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe Belarus)
III Gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse	3	Abgeordnete Monika Knoche (DIE LINKE.)
IV Ausschusssitzungen	4	Insgesamt nahmen an der 8. Wintertagung in der Wiener Hofburg etwa 250 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den 53 OSZE-Ländern teil.
IV.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit	4	Zum Thema der Sonderdebatte „Vorschläge für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa“ hielten Alexander Grouschko (stellvertretender Außenminister der Russischen Föderation) sowie Véronique Bujon-Barre (Abteilung Politik und Sicherheit im französischen Außenministerium) Grundsatzreferate. Panos Kammenos (Griechenland, stellvertretender Minister für Handelsschifffahrt, die Ägäis und Inselpolitik) hielt in der Schlussitzung ein Referat zu dem Thema „Piraterie als eine neue Sicherheits herausforderung“.
IV.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt	5	Die deutsche Delegation führte am Rande der Konferenz Gespräche mit dem deutschen Botschafter bei der OSZE in Wien, Heiner Horsten, dem Sonderbotschafter der OSZE PV, Andreas Nothelle, und dem Direktor von der Organisation für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Janez Lenarcic.
IV.3 Sitzung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen	5	
V Sonderdebatte zu den Vorschlägen für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa	6	
VI Schlussitzung	8	

I Einleitung

Vom 19. bis 20. Februar 2009 fand die 8. Wintertagung der OSZE PV in Wien/Österreich statt. Von deutscher Seite nahmen teil:

Abgeordneter **Willy Wimmer** (CDU/CSU, amtierender Delegationsleiter)

Abgeordneter **Hans Raidel** (CDU/CSU, Schatzmeister der OSZE PV)

Abgeordneter **Kurt Rossmanith** (CDU/CSU)

Abgeordnete **Hedi Wegener** (SPD)

II Sitzung des Ständigen Ausschusses

Präsident **João Soares** (Portugal) leitete die Sitzung des Ständigen Ausschusses durch seinen Tätigkeitsbericht ein. Inhaltlich ging er insbesondere auf die Themen Wahlbeobachtung, Haltung zu den Feldmissionen der OSZE und die Öffentlichkeitsarbeit der OSZE PV ein. Er führte aus, dass es sein Ziel sei, die zentrale Rolle der Parlamentarischen Versammlung zu stärken. Er freue sich, dass sich die Versammlung als ein offenes Dialogforum für zentrale Themen wie derzeit die Krise in Georgien, die europäische Sicherheitsarchitektur und die Weltfinanzkrise etabliert habe. Er habe zudem mit Göran Lennmarker (Schweden) und Michel Voisin (Frankreich) zwei zusätzliche Sondergesandte für die Regionen Georgien und Afghanistan ernannt.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut**, stellte fest, dass die Rolle der OSZE PV in der gegenwärtigen politischen Situation wichtiger denn je sei und sie ihrer Verantwortung und Verpflichtung gerecht werden müsse. Die Krise in Georgien habe gezeigt, wie brüchig der Frieden in dieser Region sei und dass es jetzt darauf ankomme, Mittel zu finden, die die Region wieder stabilisierten. Die internationale Friedenskonferenz für Georgien in Genf, zu der die OSZE mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen Ko-Vorsitzende stelle, habe sich bei ihrem vierten Treffen mit dem Thema „Flüchtlinge und Binnenvertriebene“ befasst. Bedauerlich sei, dass die OSZE-Feldmission in Georgien zum März 2009 eingestellt und die Beobachter abgezogen werden müssten. Es werde zwar in Wien an einem neuen Beschluss für eine Fortführung der Mission gearbeitet, aber die Erfolgsaussichten schätze er gering ein. Erfreulich sei, dass der Ständige Rat der OSZE beschlossen habe, die Anzahl der Militärbeobachter (MMO) in der OSZE-Mission in Südossetien (Georgien) für die Dauer von mindestens sechs Kalendermonaten auf 20 zu erhöhen. Dies sei als ein kurzfristiger Erfolg zu werten. Der Generalsekretär schnitt im Weiteren noch die Themen „Auswirkungen der internationalen Finanzkrise“, „Haushalt der OSZE“ und „Ergebnisse des 16. Ministerrates der OSZE“ in Helsinki an, dessen beherrschende Themen die Georgien-Krise, Abrüstungsfragen und die Vorschläge zur Gestaltung der Sicherheit in Europa gewesen seien.

In der folgenden Diskussion ergriffen Delegierte aus den Niederlanden, Schweden, Belgien, Kanada, der Ukraine und Deutschland zu den Themen Transparenz, Haushalt, Gleichstellung, Georgien und zur Wirtschafts- und Finanzkrise das Wort. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** kritisierte, dass sich die OSZE angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise viel zu wenig mit deren Ursachen und den Auswirkungen befasse. Für ihn sei eine der Ursachen der Krise in der hohen Verschuldung der USA und in der mangelnden Aufsicht über die Finanzinstitute in Großbritannien zu suchen. Als Reaktion sei heute wieder ein Trend zur Staatswirtschaft wahrzunehmen. Er halte es für nicht hinnehmbar, dass die OSZE Antworten vermissen lasse, wie mit der Krise und ihren Auswirkungen umgegangen werden solle.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut**, antwortete, dass in Bezug auf die Finanzkrise alle Teilnehmerstaaten gemeinsam gefordert seien. Das heiße, dass ein gemeinsames Handeln an erster Stelle stehen müsse. Protektionistische Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft würden von den Mitgliedstaaten einhellig abgelehnt. Grundsätzlich müsse er aber feststellen, dass die OSZE in diesem Feld kein Mandat habe und das Thema Finanzkrise und deren Auswirkungen lediglich im zweiten Korb (Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt) behandelt werden könne.

Der Abgeordnete **Hans Raidel**, der Schatzmeister der OSZE PV stellte in seinem Bericht fest, dass die Parlamentarische Versammlung im abgelaufenen Haushalts-

jahr innerhalb ihres vorgesehenen Budgets geblieben sei. Er freue sich, dass die OSZE PV, wie auch in den vorhergehenden Berichten festgestellt, trotz wachsender Aufgabenvielfalt bemerkenswert effizient operiere.

In der folgenden Diskussion wies ein Delegierter aus Großbritannien darauf hin, dass trotz der gerade erhaltenen guten Nachricht ein Mangel an Transparenz in dem Bericht des Schatzmeisters feststellbar sei. In der gegenwärtigen Situation müsse darauf geachtet werden, jede unnötige Geldausgabe zu vermeiden. Die Delegierten billigten den Bericht und sprachen dem Schatzmeister ihr Vertrauen aus.

Der Abgeordnete **Hans Raidel** unterstützte die Forderung nach mehr Transparenz. Die Notwendigkeit Einsparungen vorzunehmen, dürfe jedoch nicht dazu führen, dass erforderliche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden könnten.

Im Weiteren berichtete der Generalsekretär der OSZE PV, **Spencer Oliver**, über die Arbeit des internationalen Sekretariats. Er gab einen kurzen Rückblick auf die Herbsttagung in Toronto, über den Stand der Vorbereitungen für die Wirtschaftstagung in Dublin im Mai 2009 und die Jahrestagung in Vilnius vom 29. Juni bis 3. Juli 2009. Lobend hob er die Effektivität des Sekretariats hervor, das mit minimalem Personaleinsatz eine immer größer werdende Zahl an Aufgaben erfüllen müsse. Abschließend ging er auf die positiven Effekte des Research Fellowship Programms und auf die Öffentlichkeitsarbeit des Sekretariats ein.

Der folgende Tagesordnungspunkt widmete sich den Berichten über die von der OSZE PV durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen in Belarus (September 2008) und in den USA (November 2008) sowie über den Stand der Vorbereitungen der Missionen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (März 2009) und in Moldawien (April 2009). Präsident **João Soares** (Portugal) verwies hierzu auch auf die vorliegenden schriftlichen Berichte über abgeschlossene Wahlbeobachtungsmissionen.

Die Abgeordnete **Uta Zapf**, Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe Belarus, führte aus, dass die Gruppe nach längerer Pause einen neuen Anlauf zur Zusammenarbeit mit Belarus unternommen habe. Mitte März 2009 solle ein Workshop zu ökonomischen Fragen stattfinden. An dem Workshop sollten hohe Beamte aus Belarus, der Europäischen Kommission und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie OSZE-Vertreter teilnehmen. Die Details hierzu würden auf dieser Wintertagung geklärt. Sie hoffe auf neue Impulse für die Arbeit der Ad-hoc-Gruppe, und dass der Workshop helfe, den Dialog zwischen Regierung und Opposition in Belarus zu erleichtern.

Der Vizepräsident der OSZE PV, **Benjamin Cardin** (USA), der für Anne-Marie Lizin (Belgien), die nicht mehr Mitglied der belgischen Delegation ist, zu Guantanamo berichtete, sprach die Hoffnung aus, dass er zum letzten Mal über das Gefangenenerlager sprechen müsse. Die mit Präsident Obama eingeleitete neue Politik sehe

vor, das Lager binnen Jahresfrist zu schließen. Er verurteilte die dort praktizierten Verhörmethoden und sprach sich dafür aus, dem Internationalen Roten Kreuz unverzüglich einen Zugang zu dem Gefängnis zu ermöglichen.

Der Abgeordnete **Willy Wimmer** fragte, ob die USA unter Präsident Obama beabsichtigten, das vom früheren Präsidenten Bill Clinton unterzeichnete Statut zum Internationalen Strafgerichtshof nun endlich zu ratifizieren. **Alcee Hastings** (USA) antwortete auf die Frage des Abg. Wimmer, dass die neue amerikanische Regierung dies prüfe.

Im Weiteren berichteten die Sonderbeauftragten Michel Voisin (Frankreich) zu Afghanistan, Alcee Hastings (USA) zu Mittelmeerfragen, Roberto Batelli (Slowenien) zu Südost-Europa, Petur Blöndal (Island) zum OSZE-Haushalt, Carlo Vizzini (Italien) zum Kampf gegen die international organisierte Kriminalität, Kimmo Kiljunen (Finnland) zu Zentralasien sowie Göran Lenmarker (Schweden) zu Georgien.

Abschließend stellte Präsident **João Soares** (Portugal) fest, dass mehrere Vorschläge für Änderungen der Geschäftsordnung vorlägen. In Übereinstimmung mit Artikel 45 der Geschäftsordnung sei unter Leitung von Pia Christmas-Møller (Dänemark) ein Unterausschuss gebildet worden, der die Vorschläge prüfen und dem Ständigen Ausschuss hierzu Empfehlungen vorlegen werde.

Zukünftige Tagungen der OSZE PV:

19. bis 20. April 2009, Treffen des Büros der OSZE PV in Lissabon (Portugal)

27. bis 29. Mai 2009, Wirtschaftskonferenz der OSZE PV in Dublin (Irland)

29. Juni bis 3. Juli 2009, Jahrestagung der OSZE PV in Vilnius (Litauen)

9. bis 12. Oktober 2009, Herbsttagung in Athen (Griechenland)

III Gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse

Zur Eröffnung der gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse stellte Präsident **João Soares** (Portugal) fest, dass die Probleme und Herausforderungen seit Gründung der OSZE im Jahr 1975 bis heute ähnlich geblieben seien. In Helsinki hätten die Themen fairer Handel, Sicherheit und Migration eine zentrale Rolle gespielt. Das sei heute noch genauso und diese Themen würden auch in Zukunft auf der Tagesordnung stehen. Er betonte, dass die OSZE PV bereit und Willens sei, sich den neuen Herausforderungen im OSZE-Raum zu stellen. Die Stärke der OSZE liege in ihrer Flexibilität, sich veränderten Realitäten anpassen zu können. Sein Eindruck sei, dass diese Stärke hier in Wien verloren zu gehen scheine. Er forderte die Parlamentarier und Parlamentarierinnen auf, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, die OSZE als ein Dialogforum zu erhalten und auszubauen. Er unterstrich im Weiteren die Bedeutung der OSZE-Feldmissionen sowie der Wahlbeobachtungen, die Kernaufgaben der OSZE PV seien. Präsident **João**

Soares bedauerte die Schließung der OSZE-Mission in Georgien und die weiterhin bestehenden Missverständnisse zwischen der OSZE PV und ODIHR.

Die amtierende Vorsitzende der OSZE, Außenministerin **Dora Bakoyannis** (Griechenland), bezeichnete die Parlamentarische Versammlung der OSZE als das Flaggschiff der OSZE, das sich die Förderung und die Stärkung des politischen Dialogs auf die Fahnen geschrieben habe. Der Sicherheitsdialog in der OSZE sei das Markenzeichen der Organisation und ein unverändert wichtiges Instrument der Frühwarnung und des Krisenmanagements. Sie halte es für besorgniserregend, dass die Zukunft des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte (KSE) immer noch ungeklärt sei. Die weitere Anwendung des KSE-Vertrags sei von großer Bedeutung und die Notwendigkeit des baldigen Inkrafttretens des KSE-Anpassungsabkommens sei unumstritten. Der Vertrag sei ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und Griechenland werde alles in seinen Kräften stehende tun, dieses Instrument zu erhalten und auszubauen. Der OSZE komme im Kampf gegen den Terrorismus eine Schlüsselrolle zu. Griechenland unterstreiche seine Absicht, die Umsetzung der von der OSZE eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Bekämpfung von Terrorismus unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu fördern. Gleiches gelte für die Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf die Grenzsicherung und die Polizeiarbeit. Sie sei der Auffassung, dass der Ausbau des Engagements der OSZE in Afghanistan jetzt und in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit bilden sollte. Im Wirtschafts- und Umweltbereich, aber auch im Bereich Migration und deren Folgen – gerade bei unkontrollierten Migrationsbewegungen – sei man ebenfalls mit großen Herausforderungen konfrontiert. In der menschlichen Dimension werde Griechenland sich insbesondere dem Themenkomplex der Rechtsstaatlichkeit widmen. Weitere Schwerpunkte des Vorsitzes seien: Gendermainstreaming, Besserstellung von Frauen, Nichtdiskriminierung, die Lage der Sinti und Roma, Bekämpfung von Hassdelikten, Religionsfreiheit und Wahlbeobachtung. Die einvernehmliche Zusammenarbeit von ODIHR mit der OSZE PV sehe sie als einen Schlüssel für den Erfolg von Wahlbeobachtungsmissionen an. Zum Schluss ihres Vortrags sprach sie die Themen Georgienkrise, das Ende der Georgien-Mission der OSZE sowie die neue europäische Sicherheitsarchitektur an.

An der Aussprache über den Bericht beteiligten sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Niederlanden, Finnland, Dänemark, Großbritannien, Italien, Schweden und Deutschland. Themen waren das Auslaufen der OSZE-Mission in Georgien, die Haltung Russlands im Georgienkonflikt, die Finanzkrise, Zentralasien und die „Zensur“ von Seiten der OSZE durch Nichtveröffentlichung eines Kommuniqués der OSZE PV zur Wahlbeobachtung auf deren Internetseite. Der Abgeordnete **Willy Wimmer** wies in seinem Beitrag darauf hin, dass ihm in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise Analysen und Antworten der OSZE fehlten. Er sehe hier dringenden Handlungsbedarf. Außenministerin **Dora Bakoyannis** wies in ihrer Antwort auf den Beitrag des Abgeordneten Wimmer darauf hin, dass dieses Thema keine

Kernaufgabe der OSZE darstelle und lediglich im Rahmen des zweiten Korbes der OSZE behandelt werde.

IV Ausschusssitzungen

IV.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Die Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit wurde von dessen Vorsitzendem **Jean Charles Gardetto** (Monaco) geleitet.

Der ständige Vertreter Frankreichs bei der OSZE, Botschafter **Eric Lébédél**, berichtete über die Arbeit des Forums für Sicherheitszusammenarbeit (FSC), in dem Frankreich zurzeit den Vorsitz innehat. Aufgabe des FSC sei es, Verhandlungen zu führen über

- Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen,
- Regelungen für den weltweiten Austausch von militärischen Informationen sowie
- die Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, sonstige Militärkontrollen und regionale Fragen und Streitkräfteplanung.

Das Forum für Sicherheitszusammenarbeit sei 1992 gegründet worden. Sein Arbeitsauftrag leite sich aus dem Vertrag von Helsinki (1992) her. Seit seiner Gründung habe sich das Forum auf zahlreiche Dokumente und Entscheidungen zu Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen geeinigt. Eine der wichtigsten Vereinbarungen in diesem Zusammenhang sei das Wiener Dokument von 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten, das den Austausch von Informationen, die Überwachung sowie Meldung von militärischen Aktivitäten vorsehe. Der 1994 verabschiedete Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit sei ein weiterer Meilenstein in der Arbeit des FSC. Das Dokument befasse sich mit der demokratischen Kontrolle der Militär- und Sicherheitskräfte, dem humanitären Völkerrecht und den Grundsätzen für die Anwendung von Gewalt, z. B. auch in Bürgerkriegen. Die im Jahr 2000 verhandelte Vereinbarung des Forums zu Klein- und Leichtwaffen (SALW) ziele darauf ab, konkrete Normen, Prinzipien und Maßnahmen für deren Reduzierung zu setzen und die Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung dieser Waffen einzudämmen. Darüber hinaus sei das FSC mit der Weiterentwicklung der Anwendbarkeit von Confidence & Security Measures (CSBMs) in Nordostasien beauftragt. Die Aufgabenstellung mache deutlich, dass ein besonderes Ziel auch der Dialog über heikle Themen darstelle.

An der folgenden Aussprache beteiligten sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus Georgien, Frankreich, Armenien, Belgien, der Schweiz, Großbritannien, der Türkei, Schweden, der Russischen Föderation und Deutschland. Dabei wurden die Konflikte in Gaza und im Südkaukasus, die Problematik des Handels mit Klein- und

Leichtwaffen sowie die „eingefrorenen“ Konflikte angesprochen. Abgeordneter **Gert Weisskirchen** bemerkte zum Thema Gaza-Konflikt, dass Israel gegenwärtig um sein Existenzrecht kämpfen müsse, weil Hisbollah und Hamas ausdrücklich erklärt hätten, Israel von der Landkarte auszuradiieren. Die Anerkennung des staatlichen Existenzrechts sei aber das Fundament eines jeden Landes. Das Existenzrecht Israels stehe auf dem Spiel, und es könne für Deutschland nichts anderes geben, als dieses zu verteidigen. Das schließe nicht aus, auch darüber diskutieren zu können, ob die israelische Reaktion im Gaza-Konflikt angemessen gewesen sei. Unter den gegebenen Voraussetzungen stelle sich die Frage, wie – auch für die Palästinenser – eine „Lösung“ aussehen könnte. Er kritisierte, dass sich die Maghreb-Staaten weigerten, sich überhaupt an einer Debatte zu beteiligen. Hier erwartete er mehr Engagement.

Botschafter **Eric Lébédél** antwortete, dass das Forum für Sicherheitszusammenarbeit diese Thematik Nahost-Konflikt durchaus mit der Kontaktgruppe und den anderen Mittelmeerpartnern diskutiere.

Berichterstatler **Riccardo Migliori** (Italien) kündigt an, dass er in seinem Bericht zum Thema „Die Lebensmittelkrise und die Sicherheit im OSZE-Raum“, den er auf der Jahrestagung in Vilnius vorlegen werde, auch zu grenzüberschreitenden Bedrohungen von Sicherheit Stellung nehmen werde, z. B. grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Finanzkrise und Kriminalität durch die neuen Informationstechnologien.

Consiglio di Nino (Kanada) berichtete über die Ergebnisse der Abfrage zu den Folgeaktivitäten der Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten im Nachgang der Erklärung von Astana. Die Antworten der deutschen Delegation bezogen sich auf die Themen Zugang zu staatlichen Archiven und das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, internationale Kooperation beim Zugang zu Archivmaterialien, Unterstützung der Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (Extractive Industries Transparency Initiative, EITI), bisherige Maßnahmen zur Sicherstellung effektiver parlamentarischer Aufsicht über private Militär- und Sicherheitsunternehmen, Verzicht auf Streumunition, Kleinwaffenkontrolle und hierbei ergriffene Maßnahmen, Erweiterung des Strafrechts zur Bekämpfung spezieller Formen der Computerkriminalität im Einklang mit internationalen Rechtsinstrumenten, Nationaler Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen (NPSI), bisherige Maßnahmen zur Unterstützung von Stabilität in Afghanistan sowie die Verbesserung der Bemühungen um Wiederaufbau und Entwicklung. Der Leiter der deutschen Delegation in der OSZE PV, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, hat in einem Schreiben an den Generalsekretär deutlich gemacht, dass er eine Überprüfung der nationalen Umsetzung von Ergebnissen multilateraler Konferenzen für sinnvoll halte. Unter erkenntnispraktischen Gesichtspunkten halte er den Zeitpunkt der Abfrage zur Umsetzung von Empfehlungen bereits drei Monate nach Abschluss einer Konferenz für

wenig konstruktiv. Die deutsche Delegation in der OSZE PV hat darum einen Vorschlag zur Änderung von Artikel 36 der Geschäftsordnung eingereicht, der im Kern vorsieht, die Abfrage über Folgemaßnahmen zu verschieben und diese erst auf der übernächsten Herbsttagung vorzustellen.

IV.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt wurde von dessen Vorsitzendem **Petros Efthymiou** (Griechenland) geleitet.

Der Vorsitzende kündigte an, dass es ein Ziel dieser Sitzung sei, die Wirtschaftstagung der OSZE PV in Dublin im Mai 2009 mit vorzubereiten. Er rief die Delegierten auf, Themenvorschläge und Redebeiträge für die Tagung zu unterbreiten, damit diese an den Generalsekretär der OSZE PV weitergeleitet werden könnten. **Ivor Callely** (Irland), der auf der 18. Jahrestagung in Vilnius einen Bericht zum Thema „Finanz- und Wirtschaftskrise“ vorlegen wird, bat ebenfalls um Anregungen für seinen Bericht.

Im Folgenden diskutierten die Parlamentarier und Parlamentarierinnen Themen, die in den Bericht einfließen sollten: Protektionismus als Reaktion auf die Wirtschaftskrise (Schweden), Etablierung internationaler Frühwarnsysteme, um einzelstaatliche Strukturen, wie z. B. Zentralbanken besser kontrollieren zu können (Kanada), Finanzkrise und die Auswirkungen auf Maßnahmen für den Umweltschutz sowie mögliche soziale Unruhen durch die Auswirkungen der Krise (Großbritannien), die Diskussion über alternative Methoden zur Messung des Bruttoinlandsprodukts (Italien), die Behandlung der Frage, ob die begangenen Fehler der USA auf fehlende Finanzmarktüberwachung bzw. Finanzmarktregulierung zurückzuführen seien (Portugal).

Der Ausschussvorsitzende stellte abschließend fest, dass kein Land der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Alleingang begegnen könne. Es sei bereits abzusehen, dass Länder mit brüchigen Wirtschaftsstrukturen am stärksten von der Krise betroffen sein würden. Es komme jetzt darauf an, eine neue globale Wirtschafts- und Finanzordnung zu schaffen. Die OSZE behandle zwar vorrangig Sicherheitsfragen, aber sie müsse sich der Tatsache stellen, dass die gegenwärtige Krise ein großes Potential für soziale Unruhen und damit für allgemeine soziale und politische Instabilität in sich berge.

Goran Svilanovic (Serbien), Koordinator der OSZE für Ökonomie und Umweltaktivitäten, stellte fest, dass die Herausforderungen betreffend

- Migration und deren Folgen,
- Umwelt und Sicherheit sowie Klimaänderung und die
- Auswirkungen der Finanzkrise

nur gemeinsam von OSZE und OSZE PV angegangen werden könnten. Angesichts der Migration in den OSZE-Raum stellte er fest, dass Migration nicht nur negative, sondern auch positive Elemente beinhalte. Dies müsse den Menschen gegenüber deutlich gemacht werden. Migranten unterstützten ihre Familien in den Heimatländern und stellten eine kulturelle Bereicherung dar. Mit der Internationalen Organisation für Migration sei man eine Partnerschaft eingegangen, um einen Leitfaden für den Umgang mit Migranten auszuarbeiten. Zudem werden der Zusammenhang von Klimawandel und seine Auswirkungen auf das Migrationsverhalten thematisiert.

Roland Blum (Frankreich) berichtete über die Ergebnisse der Abfrage zu den Folgeaktivitäten der OSZE-Parlamente im Nachgang der Erklärung von Astana. Der hieraus entstandene Bericht zeige, dass zahlreiche nationale Initiativen seit Juni 2008 auf den Weg gebracht worden seien, sowohl in den Bereichen Ökonomie und Wissenschaft als auch im Bereich Umwelt.

Die Antworten der deutschen Delegation bezogen sich auf die bisherigen Bemühungen zur Verbesserung des Wasser-Managements innerhalb der OSZE, die Bekämpfung des Klimawandels durch nachhaltige Energienutzung, Abfallmanagement, effizientere Transportmethoden und Entwicklung energieeffizienter Technologien (Integriertes Energie- und Klimaprogramm), auf die Koordination nationaler Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie auf die Bemühungen zur Verbesserung des internationalen Schuldenerlasses.

Abschließend berichtete Botschafter **Werner Almhofer**, Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, über die aktuelle Entwicklung und über die Rolle, die die OSZE in diesem Prozess bisher gespielt habe. Er äußerte die Befürchtung, dass die Finanzkrise auch Auswirkungen auf die Sicherheitsproblematik im Kosovo haben könnte.

IV.3 Sitzung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Die Sitzung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte wurde von dessen stellvertretender Vorsitzenden **Walburga Habsburg Douglas** (Schweden) geleitet.

Walburga Habsburg Douglas berichtete über die Ergebnisse der Abfrage bei den Parlamenten zu den im Nachgang zur Erklärung von Astana ergriffenen nationalen Initiativen und Maßnahmen.

Die Antworten der deutschen Delegation bezogen sich auf die Themen Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, das Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz), den Aktionsplan II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die Unterstützung des „OSCE Gender Action Plan zur Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1325 (2000) ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘“, den nationalen Integrationsplan, den nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf

bezogene Intoleranz, die am 4. November 2008 im Bundestag verabschiedete Erklärung zur Verstärkung des Kampfes gegen den Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland sowie die Intensivierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schleusungskriminalität durch das im Mai 2006 eingerichtete „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration“ (GASIM).

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus Großbritannien, Aserbeidschan und Spanien. Angesprochen wurden die Themen Zusammenarbeit OSZE PV/ODIHR, Kriegsverbrechen Armenien/Aserbeidschan (Nagorno-Karabach) sowie interkultureller Dialog und Migrationspolitik.

Berichterstatterin **Natalia Karpovich** (Russische Föderation) kündigte an, dass sie in ihrem Bericht für die Jahrestagung 2009 den Schwerpunkt auf die „demografische Krise“, Familie und Kinder legen werde. Sie wolle aber auch die Themen Flüchtlinge, Behinderte, Verlust an Sicherheit, Armut, Arbeitslosigkeit und Landflucht, Aids und Versklavung behandeln. Anregungen für weitere Themen kamen aus den Niederlanden (schwarze Listen mit Terrorismusverdächtigen, Vereinigungsfreiheit), Kanada (Opfer der ökonomischen Krise), USA (Religionsfreiheit und bestimmte Religionspraktiken), Schweiz (Jugend Arbeitslosigkeit), Litauen (Fortführung der Transparenzdebatte von Astana). Abgeordneter **Gert Weisskirchen** regte an, im Bericht auch die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise einsetzenden Migrationsströme und die in diesem Zusammenhang oftmals missachteten Menschenrechte zu thematisieren.

Der Sonderbeauftragte für Medienfreiheit **Miklos Haraszti** (Ungarn) führte aus, dass es zwar in allen 56 OSZE-Teilnehmerstaaten Gesetze gegen eine Pressezensur gebe. Trotzdem seien in bestimmten Ländern unabhängige Journalisten weiterhin Zielscheibe von Sanktionen und von Kriminalisierung. Methoden seien die Bezeichnung einer fehlerhaften Berichterstattung oder der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen, Berufsverbot oder gar Mord. Auch der Deckmantel des Antiterrorkampfes werde dazu genutzt, die Pressefreiheit einzuschränken und die Arbeit von Journalisten zu behindern. Oftmals bleibe diesen Journalisten nur Selbstzensur, Berufswechsel oder Flucht übrig. Strukturell führten diese Sanktionen auch bei weniger kritischen Journalisten dazu, dass diese ihre Berichte glätteten und an bestimmte Meinungen anpassten. Er rufe dazu auf, dass in diesem Zusammenhang die Gesetzgeber grundsätzlich darauf achteten, dass Journalisten nicht unter dem Vorwand der Terrorabwehr an ihrer Arbeit gehindert würden. Es sei auch wichtig, administrative Hürden, die in einigen Ländern bestünden, beiseite zu räumen, um ungehindertes Arbeiten zu ermöglichen. In einem digitalisierten Zeitalter bedeute das auch freien und ungehinderten Zugang zu Informationen aus dem Internet. Der Staat dürfe nicht aus fadenscheinigen Gründen Zugänge beschränken oder das Internet für eigene Zwecke monopolisieren.

Der Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), **Janez Lenarcic**, verwies

zu Beginn seines Statements auf die Erklärung von Kiew 2007, die eine Entschließung beinhalte, die den Schutz für Menschenrechtsaktivisten fordere. In einigen OSZE-Ländern sei diese Zielvorgabe noch nicht erreicht und Menschenrechtsaktivisten seien massivem Druck und auch Sanktionen ausgesetzt. ODIHR plane daher 2009 die Veröffentlichung einer Broschüre, die sich mit dem Thema Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit befasse. Für ihn seien OSZE PV und ODIHR natürliche Partner bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Die Wahlbeobachtung dürfe daher auch nicht konkurrierend, sondern müsse komplementär gesehen werden. Er bekenne sich darum ausdrücklich zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ODIHR und OSZE PV. Diese diene nicht nur beiden Institutionen, sondern der Sache und damit auch den Wählern.

V Sonderdebatte zu den Vorschlägen für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa

Zum Thema der Sonderdebatte über die neue europäische Sicherheitsarchitektur hielten **Alexander Grouschko**, Vize-Außenminister der Russischen Föderation, und **Veronique Bujon-Barre**, Vizedirektorin der Abteilung für Politik und Sicherheit im französischen Außenministerium, Initiativreferate.

Alexander Grouschko betonte, dass die Kaukasuskrise deutlich gemacht habe, wie ineffektiv die existierende Sicherheitsarchitektur für einen dauerhaften Frieden in Europa sei und dass eine neue europäische Sicherheitsarchitektur notwendig sei. Keine der Großmächte habe die Krise verhindern können. Er führe das darauf zurück, dass die bisherigen Strukturen nicht koordiniert genug seien und die konkrete Zusammenarbeit durch ideologische Überlegungen behindert werde. Die eingegangene Verpflichtung, den Vertrag zur konventionellen Abrüstung (KSE) so bald wie möglich zu ratifizieren, sei ebenfalls noch nicht erfüllt. Bisher sei der Vertrag lediglich beschriebenes Papier. Russland habe z. B. eine Kooperation von CSTO (Collective Security Treaty Organization) mit der NATO in Bezug auf Afghanistan vorgeschlagen, hierauf aber bisher keine Antwort erhalten. Zudem seien Beschlüsse der OSZE, die ein Mehr an Sicherheit durch Kooperation zum Ziel hatten, nicht umgesetzt worden. Das Ergebnis sei, dass die Euro-Atlantische Sicherheitslandschaft ein Flickenteppich bleibe. Die Organisation habe zu oft den Fokus ausschließlich auf die menschliche Dimension gelegt, hierbei aber die „harten“ Sicherheitsinteressen einzelner Länder nicht berücksichtigt. So sei die Raketenabwehr nur einseitig interpretiert worden; dass andere Länder diese als Bedrohung empfinden könnten, sei ausgeblendet worden. Leider habe das Thema zu alten Reflexen geführt und Trennlinien geschaffen. Der Medwedew-Plan sehe vor, diese Sicherheitslücken zu schließen sowie Dialog und Vertrauen aufzubauen. Der Plan schließe die Bestätigung der bisher eingegangenen Verpflichtung ein und ziele auf eine neue Rüstungskontrolle, neue militärische Abkommen, die Vermeidung asymmetrischer Antworten auf Bedrohungslagen und die Vermeidung einer neuen Rüstungsspirale. Die Befürch-

tung, Russland wolle die bisherige Sicherheitsstruktur umbauen und das bisherige System der paneuropäischen Sicherheit auf den Kopf stellen, sei falsch. Es bezweifle seiner Meinung nach niemand, dass über die bisherigen Strukturen hinaus Handlungsbedarf bestehe. Im Bereich Sicherheit stehe man vor vielfältigen Herausforderungen, wie die Lage in Afghanistan, der Drogenschmuggel, die Ausbreitung der NATO – die seiner Meinung nach mehr Probleme verursache als Lösungen bringe – und die Notwendigkeit einer einheitlichen Auslegung des Vertrags über die konventionelle Abrüstung in Europa. Keiner könne diese Herausforderungen allein bewältigen. Die OSZE könne hier durchaus Prinzipien vorgeben und er plädiere dafür, nicht nur die Parlamentarier und Parlamentarierinnen der OSZE PV, sondern auch weitere Experten in die Diskussion einzubeziehen. Er hoffe hierfür auf positive Anregungen.

Veronique Bujon-Barre konstatierte eine Vertrauenskrise in Europa nach dem Georgienkonflikt und der Auseinandersetzung Russlands und der Ukraine um Gaslieferungen. Zugleich müsse man sich darüber klar sein, dass die europäische Sicherheit von der Kapazität abhängen, den von Alexander Groushko genannten Herausforderungen, dem Terrorismus, der Verbreitung von Kernwaffen, dem Klimawandel etc. gemeinsam begegnen zu können. Präsident Dmitri Medwedew und Präsident Nicolas Sarkozy hätten ihre Vorstellungen zur europäischen Sicherheit formuliert. Nach Auffassung Frankreichs müsse jede Debatte über ein europäisches Sicherheitskonzept auf den vorhandenen Instrumenten basieren wie beispielsweise dem transatlantischen Band, den Sicherheitskonzepten von NATO, OSZE und EU und der Schlussakte von Helsinki sowie der Charta von Paris. Frankreich unterstütze den Vorschlag Griechenlands, ein „high level meeting“ über die Sicherheit Europas zu organisieren. Frankreich gehe für diese Gespräche von der Voraussetzung aus, dass es um eine Weiterentwicklung der vorhandenen Sicherheitsinstrumente gehe. Das heiße: Stabilität und Sicherheit beruhten nicht allein auf dem Gleichgewicht der Streitkräfte, sondern auch auf der Einhaltung der Menschenrechte und der Entwicklung von Demokratie, der Anerkennung territorialer Integrität sowie der Bereitschaft und dem Willen, Konflikte friedlich beizulegen. Der KSE-Vertrag sei ein Eckpfeiler der Sicherheitsarchitektur und ein einzigartiges Instrument um Vertrauen und Sicherheit in Europa herzustellen. Es sei notwendig, dieses Instrument, das ein Vorbild für die militärische Zusammenarbeit sei, zu modernisieren. Auf lange Sicht und unter dem Eindruck der neuen Bedrohungen erscheine es zudem notwendig, über die strategische und technische Modernisierung der Instrumente zur Beherrschung der konventionellen Bewaffnung zu beraten. Die Debatte über die neue Sicherheitsarchitektur könne auch Anleitung sein, um die Instrumente der OSZE zur Krisenintervention zu reformieren und zu verbessern.

In der folgenden Diskussion ergriffen Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus Großbritannien, Aserbeidschan, Griechenland, den USA, der Ukraine, Belgien, Kanada, Polen, Schweden, Russland, Frankreich, Finnland, Deutschland, Belarus, Kasachstan, Italien, Portugal, Slowenien,

Georgien, der Türkei, der Slowakei, Tschechien, Armenien, Dänemark, Lettland, Finnland und Litauen das Wort.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier stimmten der Auffassung zu, dass die OSZE sich momentan in einer Krise befinde und es jetzt vorrangig sei, das verlorene Vertrauen wieder herzustellen. Die bisherigen Grundlagen für Sicherheit und Frieden im OSZE-Raum (Schlussakte von Helsinki) müssten auch in Verhandlungen über eine neue Sicherheitsarchitektur einbezogen und dürften nicht in Frage gestellt werden. Die enge freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten stelle eine Grundlage für die Debatte dar. Infrage gestellt werden dürfe auch nicht das legitime Recht eines jeden Staates, jedweder internationalen Organisation, also auch der NATO, beitreten zu können. Inhaltlich dürften jedoch nicht nur „harte“ Sicherheitsinteressen zur Sprache kommen, sondern die Themen Menschenrechte und Demokratieentwicklung müssten eine ebenso große Rolle spielen. In diesem Zusammenhang dürften die Interessen der „kleinen“ Staaten nicht vergessen werden. Einzelne Parlamentarier (z. B. aus Georgien, Lettland, Polen) bezweifelten die Ernsthaftigkeit der russischen Initiative. Sie sahen ihre Zweifel durch die Rechtsverletzungen und das Verhalten der Russischen Föderation in Bezug auf die Energielieferungen begründet.

Der Abgeordnete **Willy Wimmer** stellte fest, dass die konstatierte Vertrauenskrise bereits zehn Jahre alt sei. Die zentrale Frage für ihn sei, ob es gelingen werde, dass alle gemeinsam über ihre „Schatten springen“ würden. Mit der Wahl des neuen Präsidenten in den USA biete sich eine einmalige Chance, über die vorgelegten Vorschläge zu gemeinsamen Überlegungen zu kommen. Der Abgeordnete **Gert Weisskirchen** führte aus, dass der Vertrag von Helsinki zu einem qualitativen „Sprung“ hinsichtlich Freiheit, Sicherheit und Solidarität geführt habe. Die Menschen im OSZE-Raum – und nicht nur dort – lebten in einer Zeit der Konflikte. Die Instrumente zur Konfliktlösung seien vorhanden, allerdings griffen sie nicht immer. Es sei daher ein neuer „Sprung“ notwendig, der z. B. die „responsibility to protect“ einschließe. Eine neue Sicherheitsarchitektur sei nur sinnvoll, wenn sie tatsächlich verbindlich sei. Die Abgeordnete **Monika Knoche** sah im neuen amerikanischen Präsidenten ebenfalls die Chance, alte Feindbilder zu überwinden. Für sie sei die OSZE der geeignete Rahmen hierüber zu diskutieren, weil sie nicht nur die politisch-militärische Komponente, sondern auch die Bereiche Wirtschaft und Umwelt sowie die menschliche Dimension im Blickfeld habe. Das seien Bereiche, die in Verhandlungen über eine neue Sicherheitsarchitektur unbedingt einbezogen werden müssten.

Alexander Groushko merkte an, dass der Georgienkonflikt als ein Konflikt, den weder die OSZE noch der Europarat verhindern können, zeigte, wie notwendig der Dialog über eine neue Sicherheitsarchitektur sei. Dieser Dialog müsse einen umfassenden Charakter haben und alle erwähnten Herausforderungen einbeziehen. Die Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit Europa in

Bezug auf Energielieferungen sei jetzt 40 Jahre alt. Die Russische Föderation sei sich der gegenseitigen Abhängigkeit durchaus bewusst und wolle darum ein verlässlicher Partner in diesem Feld sein.

Veronique Bujon-Barre betont, dass die Sicherheitsheerausforderungen einen globalen Lösungsansatz notwendig machten. Sie sehe in dem Vermögen, auch die „eingefrorenen“ Konflikte zu lösen, eine Art Testfall für die OSZE-Staaten, die Vertrauenskrise tatsächlich überwinden zu wollen. Ohne diesen Willen zur Überwindung mache der Dialog über eine neue Sicherheitsarchitektur wenig Sinn.

VI Schlusssitzung

In der auf die Sonderdebatte folgenden Abschlussitzung berichtete **Tone Tingsgård** (Schweden) zum Thema Gleichstellungsfragen. Sie wies zu Beginn nochmals darauf hin, dass alle Aktivitäten der OSZE auch unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergleichheit gesehen werden müssten. Frauen seien in der Organisation, in Leitungs- und Beschlussorganen immer noch unterrepräsentiert. Trotz vieler positiver „Genderarbeit“ in der OSZE betrage der Anteil der Parlamentarierinnen bei diesem Wintertreffen lediglich 18,5 Prozent; nur acht der 53 Delegationen in Wien würden von weiblichen Abgeordneten geleitet. Einige Delegationen bestünden nur aus Männern. Sie habe darum einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung der OSZE PV eingebracht, der helfen solle, gemischtgeschlechtliche Delegationen zu fördern.

Abschließend berichtete **Panos Kammenos** (Griechenland), Minister für Handelsschifffahrt, über „Piraterie als neue Bedrohung für die Sicherheit“. Er stellte fest, dass die Piraterie am Horn von Afrika erhebliche Ausmaße angenommen habe. Derzeit befänden sich sieben Frachtschiffe in der Hand von Piraten. Gefährdet seien vor allem Schiffe des Welternährungsprogramms sowie anderer Organisationen, die Hilfsgüter in die Region brächten. Die Piraten

operierten mit Schnellbooten von Mutterschiffen aus und seien bestens in einem Netzwerk von Banden und terroristischen Gruppen organisiert, die auch mit Menschen und Drogen handelten sowie Waffenschmuggel betrieben. Die Piraten bauten zudem ihre Infrastruktur immer weiter aus, sodass sich die Notwendigkeit nach mehr Schutzschiffen stelle. Falls es nicht gelinge, erfolgreicher als bisher dagegen anzugehen, seien Preissteigerungen für über diese Routen transportierte Waren unausweichlich. Im Weiteren beschrieb Minister Kammenos die im Rahmen der Vereinten Nationen, der Nato und der Europäischen Union ergriffenen Initiativen. Aufgrund der getroffenen internationalen Maßnahmen sei seit Jahresbeginn eine spürbare Abnahme erfolgreicher Piratenüberfälle im Seegebiet am Horn von Afrika festzustellen. Die Schiffe der Operation Atalanta hätten zahlreiche Überfälle abwehren können. Er schloss mit der Feststellung, dass allein eine internationale Zusammenarbeit eine passende Antwort auf diese neue Bedrohung der Sicherheit geben könne.

Die Texte (englisch) der Referate von Dora Bakoyannis (Griechenland) sowie zur Sonderdebatte von Alexander Groushko (Russische Föderation,) und Véronique Bujon-Barre (Frankreich) können beim Sekretariat der deutschen Delegation in der OSZE PV nachgefragt werden. Gleiches gilt für die Referate im Ständigen Ausschuss von Oliver Spencer, Alcee L. Hastings (USA), Roberto Batelli (Slowenien), Kimmo Kiljunen (Finnland), Pétur Blöndal (Island), Carlo Vizzini (Italien), Hans Raidel (Deutschland) und Tone Tingsgard (Schweden) sowie die Berichte über die Aktivitäten der Parlamente aufgrund der Erklärung von Astana.

Willy Wimmer

(Amtierender Leiter der deutschen Delegation in der OSZE PV)